

---

Peter Birke\*

## Coesfeld und die Folgen: Arbeit und Migration in der Pandemie

Sie hatten es niemals nötig gehabt, dass man ihnen die Geheimnisse der Herrschaft erklärte, denn ihr Problem war ein ganz anderes. Es ging darum, sich intellektuell und materiell den Formen zu entziehen, durch die diese sich in ihren Körper einschrieb, ihnen Gesten, Wahrnehmungsweisen, Haltungen und eine Sprache aufzuzwang.

J. Rancière, Die Nacht der Proletarier, 2009

### 1. Licht und Schatten

Wer für das alltägliche Überleben in der Gesellschaft sorgt, ist angesichts der Pandemie vielfach sichtbar geworden: Das war der Ausgangspunkt des Texts der Gruppe Blauer Montag, der Anfang April in dieser Zeitschrift erschienen ist.<sup>1</sup> Seitdem hat sich der Blick der Medien auf systemrelevante Bereiche von Woche zu Woche ausgedehnt, zuletzt auf Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft, der Fleischindustrie und im Versandhandel. In allen drei Branchen ist der Anteil von Beschäftigten ohne deutschen Pass sehr hoch. Im Zusammenhang mit Skandalen wie der Positivtestung von gleich mehreren hundert Arbeiter\*innen in ei-

---

\* Peter Birke arbeitet im Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen und ist Mitglied der Redaktion von Sozial.Geschichte Online. Der vorliegende Text wurde am 26. Mai 2020 abgeschlossen. Es gelten für ihn ähnliche Vorbehalte bezüglich der rasanten Entwicklung der Verhältnisse wie für die bisher erschienenen Texte in Sozial.Geschichte Online über die Wirkungen der Pandemie auf Arbeitsverhältnisse und Klassenkämpfe. Der Autor dankt Sarah Graber Majrčzak, Norbert Meder, Thomas Stieber, Lars Stubbe, Felix Bluhm und Anda Nicolae Vladu für Anmerkungen.

<sup>1</sup> Gruppe Blauer Montag, Vom Notstand der Arbeitsgesellschaft, in: Sozial.Geschichte Online, 27 (2020), Vorveröffentlichung: [<https://sozialgeschichte-online.org/2020/04/09/aus-aktuellem-anlass-vom-notstand-der-arbeitsgesellschaft/>].

nem Schlacht- und Zerlegebetrieb der Firma Westfleisch in Coesfeld (NRW) wurden die dort vorherrschenden Arbeits- und Wohnverhältnisse thematisiert.<sup>2</sup> Die Fabrik wurde für einige Wochen geschlossen und dann in einem stark kontrollierten Probetrieb erst Ende Mai wieder angefahren. Doch schnell stellte sich der „Westfleisch-Skandal“ als alles andere als ein Einzelfall heraus. Die Befürchtung, dass durch derartige Vorkommnisse wie in Coesfeld auch anderswo die aktuell festgelegte Grenze von fünfzig Neuansteckungen pro 100.000 Einwohner\*innen überschritten werden könnte, hat in der Folge den Fokus auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Migrant\*innen weiter verstärkt und zugleich hektische Maßnahmen zur Abwehr der Infektionsgefahr ausgelöst, einschließlich einer Debatte über die Notwendigkeit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Am 20. Mai beschloss dann das Bundeskabinett ein Verbot von Werkverträgen in der Fleischindustrie, die als Grund des Übels identifiziert wurden.<sup>3</sup> Auch dieser Beschluss schaffte es auf die Titelseiten der Tageszeitungen und in die Hauptnachrichten. Sehr selten kamen dabei allerdings die Arbeiter\*innen selbst zu Wort.<sup>4</sup>

\*

Es entsteht der Eindruck, dass sich die öffentliche Wahrnehmung wie eine starke Taschenlampe durch einen abgedunkelten Raum bewegt. Plötzlich erscheint etwas in einem grellen Licht, während der Rest um

---

<sup>2</sup> Eine Chronologie im Westfälischen Anzeiger listet auch andere Skandale in der Fleischindustrie auf: [<https://www.wa.de/nordrhein-westfalen/coronavirus-coesfeld-westfleisch-hamm-nrw-sars-cov2-covid19-betriebzr-zr-13755098.html>].

<sup>3</sup> Das Verbot muss allerdings noch die Parlamentsdebatten überstehen und soll auch in der vorliegenden Version erst ab 1. Januar 2021 gelten, was der Fleischindustrie noch einige Zeit für Lobbyarbeit gibt. Außerdem sollen Kontrollen und Bußgelder bei Gesetzesverstößen verschärft werden. Vgl. [<https://www.tagesschau.de/inland/kabinett-fleischindustrie-arbeitsbedingungen-105.html>].

<sup>4</sup> Eine Ausnahme ist Manfred Götzkes Reportage zu Coesfeld. Aber auch dort ist die Schilderung des Besuchs einer Unterkunft rumänischer Arbeiter\*innen sprachlich fast wie bei Conrads Reise in das „Herz der Finsternis“ verfasst. Eine kritische Diskursanalyse auch sympathisierender Berichterstattung über Migration in der aktuellen Krise scheint mir dringend erforderlich: Manfred Götzke, Abgezogen, betrogen, gefährdet. Rumänen und Bulgaren in Deutschland, Deutschlandfunk, 23. Mai 2020, [<https://www.deutschlandfunk.de/das-wochenendjournal.1664.de.html>].

so mehr in Dunkelheit getaucht wird. Dieser Effekt bestimmt auch die aktuellen Schlaglichter. Anlass der partiellen Sichtbarmachung von Arbeitsbedingungen ist durchgehend die Ausbreitung des Corona-Virus. Gleichzeitig werden jedoch die Migrationsverhältnisse selbst als wesentliches und entscheidendes Moment der Ausbeutung kaum thematisiert. Vor allem bleibt die Verknüpfung zwischen Aufenthaltsrecht, Sozialrecht und Arbeitszwang, die in den letzten Jahren enorm verschärft worden ist, fast durchgehend außerhalb des Lichtkreises jener Taschenlampe.<sup>5</sup> Und schließlich erscheint das „Werkvertragsunwesen“ (Hubertus Heil) nicht als strukturelles Problem: So als wären die Fleischbarone Kinder, die nicht mit einem Feuerzeug umgehen können, das man ihnen deswegen wegnehmen muss, während es anderswo viele Erwachsene gibt, die weiterhin mit dem gefährlichen Gegenstand spielen dürfen, von der Baustelle um die Ecke bis zur Automobilindustrie.

## 2. Eine halbe Reform

Auch schon vor Corona gab es in den Schlacht- und Zerlegebetrieben mitunter Arbeitszeiten wie in der Epoche der frühen Industrialisierung,<sup>6</sup>

<sup>5</sup> Siehe hierzu in dieser Zeitschrift: Anne Lisa Carstensen / Lisa-Marie Heimeshoff / Lisa Riedner, Der Zwang zur Arbeit. Verwertungslogiken in den umkämpften Regimen der Anwerbe-, Flucht- und EU-Migration, in: *Sozial.Geschichte Online*, 23 (2018), S. 235–269, [[https://duepublico2.uni-due.de/servlets/MCRFileNodeServlet/duepublico\\_derivate\\_00046215/08\\_Carstensen\\_et\\_al\\_Zwang\\_zur\\_Arbeit.pdf](https://duepublico2.uni-due.de/servlets/MCRFileNodeServlet/duepublico_derivate_00046215/08_Carstensen_et_al_Zwang_zur_Arbeit.pdf)]. Zuletzt vertrat Sebastian Muy in einem sehr informativen Text, dass die Vorstellung, das Migrationsregime würde zunehmend „verwertungsorientiert“ gestaltet, von der eigenständigen Rolle des Rassismus absehe. Dies soll auch hier gar nicht bestritten werden – eher soll die Frage gestellt werden, wie sich Verwertungsorientierung und Rassismus neu verbinden, in einer Zeit, die angesichts der geschwächten Verhandlungsmacht der Arbeitenden geradezu idealtypisch den aufenthaltsrechtlich restringierten Zugang zu Arbeitskräften hervorbringt: Sebastian Muy, Verwertung, Entrechtung. Ein Blick auf die Debatte um Migration und Arbeit in *Sozial.Geschichte Online* nach dem „Migrationspaket“ vom 7. Juni 2019, in: *Sozial.Geschichte Online*, 26 (2020), S. 71–90, [[https://duepublico2.uni-due.de/receive/duepublico\\_mods\\_00071714](https://duepublico2.uni-due.de/receive/duepublico_mods_00071714)].

<sup>6</sup> Vgl. u. a.: Guido Grüner, *Migrantische Arbeit und Fleischproduktion in Niedersachsen. Ergebnisse zweier Untersuchungen im Auftrag französischer Bäuerinnen und Bauern in Oldenburg*, Oldenburg 2014; Matthias Fiedler / Lee Hielscher, *Aus den Kreisläufen des ‚Schweinesystems‘. Die Fleischindustrie im Oldenburger Münsterland als Regime von Mobilität und Ausbeutung*, in: *movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies*, 3 (2017), 1; Hans-Böckler-Stiftung (Hg.), *Branchenmonitor Schlachten und Fleischverarbeitung*, Düsseldorf 2017; Peter

und weit jenseits von den Bestimmungen des Arbeitszeitgesetzes. Subunternehmen drückten die Löhne, durch Betrug bei den Arbeitszeiten, durch das Streichen von Pausen, durch „Gebühren“ für Werkzeuge oder „Strafen“ für angebliche oder tatsächliche Fehler. Mangelnde Einweisung und das stets noch etwas zu steigende Arbeitstempo führten zu teils schwersten Arbeitsunfällen. Wer von der Arbeit kam, fand sich im günstigen Falle in einem Vierbettzimmer für 250 Euro im Monat wieder, nicht selten aber auch in menschenunwürdigen Baracken oder auf Campingplätzen, die zum Teil von denselben Subunternehmen verwaltet wurden, die für die Belieferung der Fleischkonzerne mit Arbeitskraft zuständig waren. Und selbst die Ansteckungsgefahr ist in diesem Sektor nichts Neues, siehe etwa die Skandale von 2018 um Tbc-Fälle bei Arbeitenden.<sup>7</sup> Dass so etwas möglich wurde, lag aber nicht nur am Werkvertragssystem. Im Gegenteil gab es in dieser Hinsicht durchaus einige Veränderungen, etwa durch die Einführung eines für alle Beschäftigten gültigen Mindestlohns von zwischen 7,75 (2014) und 8,75 Euro (2018). Damit lag dieser zwar einige Cent unter dem damals gesetzlichen Minimum, zugleich führte seine Einführung jedoch immerhin dazu, dass die Entsendung zu südost- und osteuropäischen Löhnen stark zurückging.<sup>8</sup>

Dass sich dennoch grundlegend wenig an den geschilderten Ausbeutungsverhältnissen änderte, lag auch und vor allem daran, dass Arbeitende gezwungen waren, aufgrund ihrer Aufenthaltssituation und der Nichtanerkennung ausländischer Berufsabschlüsse physisch und psychisch zerstörerische Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. Oder weil

---

Birke / Felix Bluhm, Arbeitskräfte willkommen. Neue Migration zwischen Arbeitsregime und Erwerbsarbeit, in *Sozial.Geschichte Online*, 25 (2019), S. 11–44, [[https://duepublico2.uni-due.de/receive/dupublico\\_mods\\_00070543](https://duepublico2.uni-due.de/receive/dupublico_mods_00070543)].

<sup>7</sup> Schlachthof-Mitarbeiter stirbt an Tuberkulose, HAZ, 14.12.2018, [<https://www.haz.de/Nachrichten/Der-Norden/Tuberkulose-Schlachthof-in-Cloppenburg-Mitarbeiter-stirbt-an-TBC>].

<sup>8</sup> Vgl. Claudia Weinkopf / Frederic Hüttenhoff, Der Mindestlohn in der Fleischindustrie, in: *WSI-Mitteilungen*, 7/2017, S. 533–539. Der Tarifvertrag wurde mit der Regel verbunden, dass alle Beschäftigten der Industrie zu in Deutschland gültigen Bedingungen angestellt werden. Nach seinem Auslaufen entfiel 2018 die Allgemeinverbindlichkeit. Seitdem gilt in der Fleischindustrie der allgemeine Mindestlohn.

sie als Unionsbürger\*innen keinen oder einen verminderten Anspruch auf Sozialleistungen hatten. Dass Einwanderung nach 2015 immer mehr von Erwerbstätigkeit abhängig gemacht wurde, haben die kleinen und großen Chefs bis heute nicht vergessen. Und es wurde und wird regelmäßig und systematisch dazu genutzt, Arbeitsverhältnisse zu schaffen, die zwar auf dem Papier in Ordnung sind, in der Realität aber weit jenseits der Grenzen dessen liegen, was die Arbeitsgesetze zulassen. So wird auch in der aktuellen Debatte immer wieder konstatiert, dass Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetz oder illegale Lohnabzüge in der Industrie eher die Regel als die Ausnahme sind.<sup>9</sup>

Die Empörung vieler Politiker\*innen über die Verhältnisse in der Fleischindustrie hat freilich bislang noch jedes Mal das peinliche Thema des Migrationsregimes umschifft, das dem System der Arbeitsausbeutung ebenso zu Grunde liegt wie die Delegation von Verantwortung und Kontrolle an Subunternehmen. Denn jene Ausbeutung, über die er in seiner Arbeitspolitik die Nase rümpft, bringt der Staat durch seine Migrationspolitik regelmäßig und systematisch selbst mit hervor.

### 3. Risse im Putz?

Auch insofern sind die angesichts von Massenpositivtestungen in Coesfeld und anderswo etwa durch das Arbeitsministerium abgegebenen Erklärungen über die Notwendigkeit der Bekämpfung der Ausbeutung keineswegs neu. Sie können nicht über die geringe Wirkung von bisherigen staatlichen Eingriffen hinweg täuschen. In der Vergangenheit hat sich beispielsweise ein Sigmar Gabriel in seiner Zeit als Bundeswirtschaftsminister mit Kritik an der Fleischindustrie und spektakulären Besuchen „vor Ort“ profiliert, und er war damit keinesfalls alleine.<sup>10</sup> Seit etwa zehn Jahren schon ist es bis weit in die CDU *Common Sense*, dass

<sup>9</sup> Auch hier kann die Coesfeld-Berichterstattung angeführt werden, s. unter anderem Götzke, Abgezogen (wie Anm. 4).

<sup>10</sup> Wirtschaftsminister entsetzt. Gabriel: Fleischindustrie drängt Menschen in Zwangsarbeit, RP online, 15. Dezember 2014, [[https://rp-online.de/politik/Deutschland/sigmar-gabriel-fleisch-industrie-draengt-menschen-zu-zwangsarbeit\\_aid-16287779](https://rp-online.de/politik/Deutschland/sigmar-gabriel-fleisch-industrie-draengt-menschen-zu-zwangsarbeit_aid-16287779)].

die Arbeitsbedingungen dort zu verbessern seien. Es wurden sogar einige entsprechende Gesetze erlassen, die beispielsweise die residuale Verantwortung der auftraggebenden Unternehmen für Sozialversicherungsabgaben festlegten.<sup>11</sup> Größere Betriebe der Fleischindustrie unterschrieben bereits 2015 eine Selbstverpflichtungserklärung, mit dem Ziel einer stetigen Verringerung des Subunternehmertums. Damals erklärte Gabriel:

Ich freue mich über die Zusage der Unternehmen, ihre Stammebelegschaft mit dieser Selbstverpflichtung weiter aufzubauen. Das ist ein deutlicher Schritt nach vorn. Das klare Bekenntnis zu den Informationsrechten der Betriebsräte unterstreicht deren Bedeutung in der betrieblichen Praxis. Mit Hilfe des vereinbarten jährlichen Branchenberichts begleitet die Politik die Fortschritte bei der Umsetzung.<sup>12</sup>

Schon der Begriff „Standortoffensive der Fleischindustrie“, der mit der Selbstverpflichtung einherging, hätte vielleicht ein gewisses Misstrauen hervorrufen können: Wie dem auch sei, aus eben jenen „Branchenberichten“, die allerdings nicht durch „die Politik“, sondern durch den Verband der Fleischindustrie selbst erstellt werden, geht aktuell hervor, dass der Anteil der Werkverträge und damit auch der mit ihr verknüpften Systeme der Massenunterbringung etc. in den Selbstverpflichtungsbetrieben leicht *gestiegen* ist, eine Folge des anhaltenden Booms und gestiegener Schlachtzahlen in den größten Betrieben.<sup>13</sup>

Selbstverständlich wäre ein Verbot von Werkverträgen insofern ein wichtiger Schritt, und er hätte vielleicht das Potenzial, in weitere Bereiche auszustrahlen. Es handelt sich, wenn man so will, um eine Erweite-

---

<sup>11</sup> Gesetz zur Sicherung von Arbeitnehmerrechten in der Fleischwirtschaft (GSA-Fleisch), [<https://www.gesetze-im-internet.de/safleischwig/BJNR257200017.html>]. Die Anwendungsfälle des 2017 erlassenen Gesetzes ließen sich bis vor kurzem an einer Hand abzählen.

<sup>12</sup> Bundeswirtschaftsministerium, Fleischwirtschaft beschließt Selbstverpflichtung, 21. September 2015, [<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2015/20150921-fleischwirtschaft-beschliesst-selbstverpflichtung-arbeitsbedingungen.html>].

<sup>13</sup> Sozialpolitischer Ausschuss der Fleischwirtschaft, 3. Bericht: Standortoffensive der Fleischwirtschaft – Selbstverpflichtung der Unternehmen für bessere Arbeitsbedingungen, Hannover, Dezember 2018.

rung der Risse, die sich im Putz von Zeitarbeit und Leiharbeit schon seit einigen Jahren zeigen. Es wird interessant sein zu sehen, ob der aktuelle Arbeitsminister sich hiermit letztlich in einer durchaus nicht unbedeutenden und seit Jahren rasant wachsenden Exportindustrie gegen den Widerstand aus den Arbeitgeberverbänden durchsetzen wird. Es ist eine anhaltende Auseinandersetzung, die mit dem Gesetzesvorhaben vom 20. Mai keineswegs abgeschlossen ist.

#### 4. Spargelstreik

Entscheidend wird in dieser Hinsicht sein, ob und wie die Stimme der Arbeitenden selbst in diesem Kampf zur Geltung gebracht werden kann, und zwar auch dort, wo es um die ganz praktische *Durchsetzung* von sozialen Ansprüchen geht: Zumindest bislang sind Klagen auf Zahlung verwehrter Lohnansprüche vor den Arbeitsgerichten das wirksamste Mittel, um Interessen von Beschäftigten zu wahren. Diese werden meistens durch Beratungseinrichtungen wie Faire Mobilität, Faire Integration oder die Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg vermittelt. Sie haben aber den Nachteil, dass mit ihnen unmittelbar kaum betriebliche Organisation verbunden ist, da der Klageweg einerseits individuell und somit individualisierend wirkt, andererseits auch bei Sammelklagen die Klagenden in aller Regel nicht mehr bei dem beklagten Kapitalisten beschäftigt sind.<sup>14</sup>

Der durch die Freie Arbeiter\*innen Union unterstützte wilde Streik, der vor kurzem im rheinischen Bornheim stattfand, basiert grundlegend auf derselben Konstellation. Er trägt jedoch vielleicht auch zu ihrer Überwindung bei, indem es sich zumindest am Anfang um eine kollektive und keine individuelle Aktion handelte. Der Arbeitskampf wurde nicht in der Fleischindustrie, sondern unter Erntehelfer\*innen der Firma Spargel Ritter organisiert, die gleichwohl ganz ähnliche Bedingungen vorfinden. In Bornheim sind Mitte Mai einige hundert Beschäftigte in

<sup>14</sup> Vgl. diesbezüglich, aber auch zu den aktuellen Ereignissen, die Facebookseite von Faire Mobilität: [<https://m.facebook.com/DGBFaireMobilitaet/posts/1089424534593840>].

ihrer Unterkunft geblieben, mit der Forderung nach einer Zahlung ausbleibender Löhne und verbesserten Wohnbedingungen angesichts der Corona-Pandemie. Auch dort geht die Sache nunmehr vor Gericht: Die Anwält\*innen der Arbeitenden prüfen Stand 24. Mai 180 Klagen auf Lohnnachzahlungen gegen den insolventen Auftraggeber. Insgesamt ist die Situation durch die Pleite des Auftraggebers geprägt, potenziell also auch durch das Verschwinden der Streikenden „aus dem Spargel“ nach Ende der Aktion.<sup>15</sup>

Die Verstetigung und Vernetzung derartiger Aktionen bleibt, auch in der Fleischindustrie, wichtige Aufgabe und offene Frage.<sup>16</sup> Im Rahmen einer Studie, die wir zwischen 2017 und 2019 am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen durchgeführt haben,<sup>17</sup> sind auch für die Fleischindustrie Aktionen und kleine Streiks dokumentiert worden, die zeigen, dass die Arbeitenden auch dort alles andere als wehrlos sind. In Ermangelung betrieblicher kollektiver Organisation sind die von uns dokumentierten Aktionen freilich vor allem durch die Arbeitsmarktmacht der Beschäftigten geprägt.<sup>18</sup> Ihre Substanz ist, damit drohen zu können, am nächsten Tage einzeln oder gemeinsam nicht mehr zu erscheinen. Abzuwarten bleibt insofern, inwieweit Handlungsmöglichkeiten dieser Art durch die aktuellen Grenzsicherungen beschnitten werden: Der „Spargelstreik“ bei der Firma Ritter mag deshalb vor allem als Signal dafür gesehen werden, dass auch angesichts der Verschärfung der Grenzregime das Mittel der Arbeitsverweigerung alles andere als erschöpft ist. „Bornheim“ kann insofern in gewisser Weise als Gegenmodell von „Coesfeld“ gelten, während man sich gleichzeitig keine Illusionen über die aktuelle Verbreitung dieses Gegenmodells machen sollte.

---

<sup>15</sup> Vgl. [[https://www.general-anzeiger-bonn.de/region/voreifel-und-vorgebirge/bornheim/bornheim-erntehelfer-bei-spargel-ritter-muessen-am-montag-ausziehen\\_aid-51288429](https://www.general-anzeiger-bonn.de/region/voreifel-und-vorgebirge/bornheim/bornheim-erntehelfer-bei-spargel-ritter-muessen-am-montag-ausziehen_aid-51288429)].

<sup>16</sup> Diese Frage hat bislang auch die linke-gewerkschaftliche Kampagne gegen Werkverträge, so richtig und wichtig sie auch ist, nicht beantwortet. Vgl. zu Schleswig-Holstein: Einblick, 28. August 2019, [<https://www.dgb.de/themen/+ +co+ +de82a71a-c964-11e9-a6c7-52540088cada>].

<sup>17</sup> Vgl. zu dieser Studie: [<http://www.sofi-goettingen.de/projekte/refugeeswork-perspektiven-der-betrieblichen-integration-von-fluechtlingen-in-niedersachsen/projektinhalt/>]. Zur Fleischindustrie: [<https://idw-online.de/de/news747768>].

<sup>18</sup> Birke / Bluhm, Arbeitskräfte willkommen, (wie Anm. 6), S. 33f.



## 5. Ansteckende Arbeit

Denn trotz Bornheim dringt die Stimme der Arbeitenden selten in die medialisierte Öffentlichkeit vor. Ein Grund für diese Nichtwahrnehmung ist nicht allein die Marginalisierung der betroffenen Gruppen. Dort, wo berichtet wird, werden sich überwiegend einseitig als *Opfer* vorgestellt. Wiederum anschließend an die Frage der Gruppe Blauer Montag danach, welche Orte von Herrschaft und Widerstand die aktuelle Berichterstattung beleuchtet und welche sie im Dunkeln lässt, würde ich die letzten Wochen so zusammenfassen: Ging es in der ersten Phase der Pandemie vor allem darum, den gesellschaftlichen Sinn der Arbeit in Krankenhäusern oder im Einzelhandel zu betonen, auch darum, die *Leistungen* der Arbeitenden hervorzuheben, wurde in der zweiten Phase stärker die *Ausbeutung* derselben betont.

In diesem Motiv wurden die Held\*innen der Arbeit zu Opfern der Arbeit, und es wurde betont, dass Migrant\*innen keine Alternative haben als weiterhin trotz Ansteckungsgefahr zur Arbeit zu gehen. Von der „unentbehrlichen Arbeit“ wanderte der Diskurs zur „ansteckenden Arbeit“. Zeitweise schien es dabei so, als habe sich das Bild der Städte komplett verändert. Unter einem wolkenlosen Himmel ohne Flugzeuge und in leeren Stadtzentren traf man auf diejenigen, für die „social distancing“ keine Option war und denen nichts anderes übrig blieb, als sich auf der Straße aufzuhalten. Aus einer engagierten und an der Verteidigung der sozialen Rechte von Arbeitenden interessierten Perspektive berichteten dazu Jennifer Stange und Nina Scholz im Deutschlandradio:

In Frankfurt am Main wirkt der Lockdown wie ein Kontrastmittel für soziale Ungleichheit. Die Anzüge, die Krawatten und Kostüme der Bankerinnen, der Broker und Berater sind von den Straßen verschwunden. Die Frauen und Männer, die sich morgens in einem Frankfurter Linienbus unterhalten oder telefonieren, tun das mehrheitlich nicht auf Deutsch. Bei den Männern mit leuchtenden Helmen und Warnwesten auf den Baustellen im Zentrum ist es ähnlich. Dort arbeitet Radu, der seinen Nachnamen nicht sagen will, er hat sich in einem Einkaufszentrum einen Kaffee geholt. „Angst hat jeder, will niemand krank stehen irgendwo in einem Kran-

kenhaus.‘ Reporterin: ‚Was wäre dann?‘ Radu: ‚Wir haben nicht mehr Geld, ohne Geld kannst du nicht mehr überleben und so weiter.‘<sup>19</sup>

Ein Problem ist, dass der Schwerpunkt auch der sympathisierenden Berichterstattung auf der Darstellung der Abhängigkeit und Alternativlosigkeit liegt, der migrantische Arbeitende ausgesetzt sind. Das aktuell sich schnell entwickelnde radikalisierte Grenzregime mit seiner Total Sperre aller Ein- und Ausreisen oder dem „Zulassen“ von Kontingenten für Erntehelfer\*innen, das sich in geradezu dystopischer Weise der Verknüpfung von Arbeit und Aufenthalt annähert, die in *Sozial.Geschichte* schon nach dem Erlass des sogenannten Integrationsgesetzes Thema war,<sup>20</sup> verstärkt dieses Motiv.

Es ist durchaus denkbar, dass der Diskurs jenseits der kritischen Medien von der „ansteckenden Arbeit“ im nächsten Schritt zu den „ansteckenden Arbeitenden“ wandert. Zumindest in Bezug auf Coesfeld legt der Ausgangspunkt der Berichterstattung – die Positivtestungen mit dem COVID-Virus – eine solche Verschiebung durchaus nahe. Sie könnte verstärkt werden durch die augenblicklich im Aufwind befindliche Strategie, kleinräumige Formen der Viruskontrolle zu etablieren, mithin also die Identifikation von „Herden“ ansteckender Arbeit / ansteckender Arbeiter\*innen als Methode der Eindämmung der Pandemie, inklusive der Auferlegung von Quarantäne.

Coesfeld oder Bornheim – ja, die aktuelle Situation bietet die Chance, Lebens- und Arbeitsbedingungen migrantischer Arbeitender mit der Forderung nach ihrer Verbesserung zu thematisieren, wie etwa der Forderung, dass Betriebsschließungen nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der gelebten Realität Arbeitsverträge genauso wenig aufheben wie Ansprüche auf Lohnweiterzahlung.<sup>21</sup> Aber sie enthält auch die Gefahr, dass Migration und Infektion mit einem rassistischen Diskurs und

---

<sup>19</sup> Jennifer Stange / Nina Scholz, Arbeitsbedingungen in der Coronakrise. Wenn der Job zur Gefahr wird, Deutschlandfunk, [[https://www.deutschlandfunk.de/arbeitsbedingungen-in-der-coronakrise-wenn-der-job-zur.724.de.html?dram:article\\_id=476541](https://www.deutschlandfunk.de/arbeitsbedingungen-in-der-coronakrise-wenn-der-job-zur.724.de.html?dram:article_id=476541)].

<sup>20</sup> Basisdemokratische Linke, Arbeit um jeden Preis. Das „Integrationsgesetz“ soll Kontrolle und Verwertung migrantischer Arbeitskraft verbessern, in: *Sozial.Geschichte Online*, 21 (2017), S. 193–217.

Ausgrenzung verbunden werden. Dabei würden die jetzigen Opfer in *Schuldige* verwandelt: Der Verantwortungsmythos, der im Social-Distancing-Diskurs enthalten ist, legt diese Wendung leider nahe. Auch vor diesem Hintergrund ist es aus antirassistischer Perspektive zentral, dass die Leute in Schlachtung und Zerlegung und anderen Niedriglohnbereichen eine eigene, andere Stimme bekommen. Dabei taucht jedoch zugleich die Schwierigkeit auf, dass es weder eine einzige Form der Migration gibt, noch eine einzige Form migrantischer Arbeit: Wie kann diese potenzielle Vielstimmigkeit dokumentiert werden und welche allgemeine Bedeutung kann sie tragen?

## 6. Die Anderen und der Rest

Für Menschen ohne sicheren Aufenthalt wird Arbeit in der Krise immer zum Problem: Wo zu viel Arbeit da ist, aber auch wo keine da ist. So wird anders als in der Nahrungsmittelproduktion in Sektoren wie dem Gastgewerbe aktuell die Erwerbslosigkeit zum Verhängnis. Die Folge: Arbeit weg, Wohnung weg, mitunter nicht einmal ein Anspruch auf Sozialleistungen und Krankenversicherung. Diesem Teufelskreis wurden in einigen Kommunen Ausnahmeregelungen entgegengesetzt, nach einigen Kämpfen wurden Obdachlosenunterkünfte geöffnet, manchmal sogar Alternativen zu Massenunterkünften geschaffen, Ansprüche auf Leistungen nach dem SGB II leichter zugänglich gemacht.<sup>22</sup> Dies alles sind sehr wichtige Ansatzpunkte für lokale Initiativen, und der einseitige Fokus auf bestimmte Branchen wie zurzeit die Fleischindustrie hilft diesen Initiativen nur dann, wenn das Problem mangelnder sozialer Rechte als strukturell und allgemein verstanden wird, und nicht nur als Ausdruck einer bestimmten Art böser Bosse, die sich mit besonders ekligem Produkten beschäftigen.<sup>23</sup> Um das zu illustrieren, kehren wir nochmal zu dem bereits zitierten Beitrag aus dem Deutschlandradio zurück.

<sup>21</sup> ALSO u. a., Pressemitteilung: Billigproduktion gefährdet Menschenleben, 14. Mai 2020, [<https://www.also-zentrum.de/archiv/beitrag/Pressemitteilung.html>].

<sup>22</sup> Eine der vielen Erklärungen hierzu ist jene der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg vom 26. März 2020: [[https://www.also-zentrum.de/archiv/archivliste.html?year=2020&page\\_a12=3](https://www.also-zentrum.de/archiv/archivliste.html?year=2020&page_a12=3)].

Unter dem ausnahmsweise klaren Himmel von Frankfurt am Main, unter dem sich während der Ausgangsbeschränkungen ebenso wie im Linienbus nur Leute aufhalten, die verschiedene Fremdsprachen sprechen, gibt es eine ziemlich deutliche Lücke. Nach einer Studie der Universität Mannheim arbeiteten Anfang April nur etwa ein Viertel der Beschäftigten in Homeoffice.<sup>24</sup> Zudem wäre bei dieser Zahl zu berücksichtigen, dass auch das Zuhausearbeiten nicht gleichbedeutend mit der Abwesenheit von Prekarität ist. Wie dem auch sei, es stellt sich in jedem Falle die Frage, wo bloß die 75 Prozent waren. Schon in Kurzarbeit? Gut, das wäre eine Möglichkeit, aber das kaum so viele. Oder schon erwerbslos? Eher nicht, vielleicht später. Also, wo sonst? Wo ist der Rest? Die auffällige Lücke zu füllen scheint mir eine wichtige Aufgabe zu sein. Ohne sie zu füllen, wird Ausbeutung auch beim besten Willen und den schönsten Zielen *migrantisiert*, zu einem Sonderproblem erhoben jenseits des Allgemeinen. Unstrittig ist zwar, dass die Zusammensetzung der Arbeitenden in den bisher in diesem Text angesprochenen Branchen stark von einer Segregierung geprägt ist: In der Tat ist in der Ernte, in Schlachtung und Zerlegung die große Mehrheit der Arbeitenden ohne deutschen Pass, und es wurde ja schon gesagt, dass ihre besondere Rechtsposition die Inanspruchnahme sozialer und politischer Rechte erschwert. Dennoch sind viele der skizzierten Probleme *auch* allgemeiner Natur.

Prekarität war nie nur eine Folge von Migration. Schon vor Corona gab es Soloselbständige, Taxifahrer\*innen, Menschen, die mehr als einen Job machen mussten, um über die Runden zu kommen, und es ist zu befürchten, dass für diese vorher schon prekär lebenden Menschen sich die Situation nochmal verschärft. Und dass zusätzlich wahrscheinlich

---

<sup>23</sup> Der Hinweis aus Wohlfahrtsverbänden, dass die Fleischindustrie nur ein einziges Beispiel aus einer Vielzahl von vergleichbaren Übergriffen und Gefährdungen sei, ist vor diesem Hintergrund sehr wichtig. Vgl. Erklärung der Diakonie Deutschland zur EU-Binnenmobilität vom Mai 2020, [[https://www.diakonie.de/fileadmin/user\\_upload/Diakonie\\_Position\\_zur\\_EU-Binnenmobilitaet\\_Mai\\_2020.pdf](https://www.diakonie.de/fileadmin/user_upload/Diakonie_Position_zur_EU-Binnenmobilitaet_Mai_2020.pdf)].

<sup>24</sup> Universität Mannheim, Mannheimer Corona-Studie: Starke soziale Ungleichheit bei Kurzarbeit und Home-Office, 9. April 2020, [<https://www.uni-mannheim.de/news/mannheimer-corona-studie-starke-soziale-ungleichheit-bei-home-office-und-kurzarbeit/>].

noch viel mehr Menschen in prekäre Arbeits- und Lebenssituationen geraten kommen werden, die bis jetzt ein relativ stabiles Leben geführt haben. Es geht also darum, die besonderen Bedingungen von Migrant\*innen in ein Verhältnis zu setzen zu ihrer allgemeinen Bedeutung. Bourdieus alter Satz dass „die Prekarität überall“ sei wird zunehmend zur Banalität, zu einem Allgemeinplatz, und die bisher weitergehend unaufgelöste Schwierigkeit besteht gerade darin, diese soziale Tatsache in emanzipatorische, antirassistische Politik zu übersetzen. Bis dahin finden Solidarisierungen sporadisch auf der Grundlage der Überwindung jener Lücke zwischen Besonderem und Allgemeinem statt: So ist die Forderung nach der Anerkennung sozialer Rechte und Ansprüche für alle hier lebenden Menschen ein Versuch, sowohl die Besonderheit, die Vielfalt von Migration zu verstehen, und zugleich universelle Rechte auf eine menschenwürdige Existenz zu fordern.

## 7. Fotos aus der Nachtschicht

In einem anderen Betrieb, der nicht zur Fleischindustrie gehört, verschicken Arbeitende schon seit Wochen Bilder und Texte in einer internen Instant-Messenger-Gruppe.<sup>25</sup> Es sind des Nachts aufgenommene Filme, beim Drängeln in den Bus auf dem Weg zur Arbeit, Fotos von verdreckten Toiletten in der Tagschicht, Packungsaufschriften von unzureichenden Reinigungsmitteln, Bekanntmachungen des Unternehmens mit undurchführbaren Anweisungen zum Abstandhalten. Hauptbotschaft der Textkommentare: Hier geht nichts mit Social Distancing, aber das interessiert weder das Unternehmen noch das Gesundheitsamt.

✧

<sup>25</sup> Mein Zugang zu dieser Gruppe entstand, weil der Betrieb Teil unseres in Anm. 17 erwähnten Forschungsprojekts ist. An dieser Stelle im Text geht es lediglich um das Beispiel, nicht um den konkreten Konflikt in seiner strukturellen Dimension. Deshalb bleibt das Beispiel hier, nicht zuletzt zum Schutze der Beteiligten, auch anonymisiert. Für eine quellentransparente Auswertung der Empirie zu „Betrieb B“ wird auf spätere Veröffentlichungen verwiesen.

Bald wird bekannt, dass es positiv getestete Kolleginnen und Kollegen gibt. Erst bleiben viele Vorgesetzte zuhause, dann meldet sich ein großer Anteil der Arbeiter\*innen krank. Die Zahl der Coronafälle steigt danach von Tag zu Tag, aber es gibt zunächst nur Gerüchte, wodurch der Vorwurf aufkommt, dass der Betrieb gemeinsam mit den lokalen Behörden, die den Standort nicht gefährden wollen, die Lage schönredet. Das Management beginnt nun eine hektische Neurekrutierung, um die durch die Krankmeldungen gerissenen Lücken zu füllen. Es folgen neue Positivtests, 13, 28, 65 und jedes Mal wird die Wut größer, die sich in der Messenger-Gruppe ausdrückt. Manche Arbeiter\*innen haben Kinder oder ältere Verwandte, die zur Risikogruppe gehören. Sich krankschreiben zu lassen ist nur für kurze Zeit eine Waffe, denn die meisten Leute sind auf den Job angewiesen. Sehr viele sind befristet beschäftigt und bangen um die Weiterbeschäftigung. Der allergrößte Teil hat keinen sicheren Aufenthalt in Deutschland.

## 8. Après-Ski und Aluhut

Die Bilder und die Texte, die diese Arbeiter\*innen an ihre kleine, innere Öffentlichkeit verschicken, thematisieren deren massive Verwundbarkeit, die in einem krassen Gegensatz zum Diskurs des Social Distancing steht. Von vornherein war dort das Idealbild von frei handelnden Menschen präsent, in den Appellen an die „Vernunft des Einzelnen“, daran, dass „jeder von uns mithelfen kann“, ganz so als sei es in den Zeiten der Pandemie nur eine persönliche Entscheidung, ob man soziale Kontakte außerhalb des engsten Umfeldes aufrecht erhalten würde oder nicht. Jeder kleine und große, offizielle oder selbsternannte Krisenstab übernahm diesen Diskurs.

Er war nicht zuletzt durch den Schock des Après-Ski geprägt, durch die Eigenheit einer Infektionskrankheit, die die Leute unabhängig vom Inhalt ihres Portemonnaies trifft. Dieser Schock wurde in eine Vorstellung transportiert, die dem Virus die Fiktion entgegenhält, dass alle insofern auch die gleiche Möglichkeit hätten, sich gegen ihn zu schützen,

wenn sie sich nur bemühten. Keineswegs zufällig findet sich hier eine Analogie zum Diskurs der Aktivierung: Indem auch schon außerhalb des Notstands eine fiktive Wahlfreiheit als Ausgangspunkt von jeglichem individuellen Handeln einschließlich der Arbeitsaufnahme erklärt wurde, folgte er einem Idealbild bürgerlichen Handelns, an dem sich alle zu orientieren haben, die in dieser Gesellschaft Anerkennung erfahren wollen. Wer diesem Idealbild nicht folgt, muss Entmündigung und Entrechtung in Kauf nehmen. Das Geschäft, das jetzt die rechten Verschwörungstheoretiker mit der Krise zu machen versuchen, ist so etwas wie die Kehrseite dieser Fiktion: Die Bewegung mit dem Aluhut bringt die Forderung nach einer ebenfalls individualisierten Freiheit heraus, aber „der eigenen“, die nichts mit Demokratie zu tun hat und sich schnell verbündet mit dem Alptraum einer brutalisierten Gemeinschaft, die gegenüber einem Diskurs der individuellen Vernunft die allgemeine Unvernunft in allen ihren Schattierungen propagiert, einschließlich einer noch weiter verbreiteten rassistischen Ausgrenzung.

## 9. Contre-feux / Gegenfeuer

Die Bilder aus dem Inneren der Fabrik, die die Arbeitenden über ihre Social-Media-Gruppe schicken, markieren eine *Gegenposition*. Sie lebt von der Ironie, die dem Widerspruch zwischen abstrakten Ansprüchen und persönlich beobachteter Realität entnommen wird. Und von der Empörung, die ein starkes Bedürfnis ausdrückt, in der verzweifeltsten Situation eine eigene Sprache zu entwickeln. Diese Stimme leugnet keinesfalls die Vernunft des Abstandhaltens oder gar die Gefahr der Ansteckung. Sie fordert ganz im Gegenteil ein Recht auf körperliche Unversehrtheit für alle Menschen. Sie stellt sich dabei gerade der Vorstellung entgegen, dass es nunmehr nur noch darum gehe, dass jede und jeder individuell Anstrengungen unternahme.

Tatsächlich ist die Forderung nach einem Recht auf körperliche Unversehrtheit aktuell zu einem transnational verbindenden Moment von Arbeitskämpfen geworden, ob es sich um die wilden Streiks von

Amazon-Beschäftigten in Frankreich, USA, Italien, Spanien handelt oder um die Kämpfe in der Fleischindustrie, die ebenfalls in vielen Ländern mit der Forderung nach Schutzmaßnahmen und Firmenschließungen aufgetreten sind. Oft werden Forderungen nach Schutz vor der Pandemie mit solchen nach besseren Arbeitsbedingungen und höheren Löhnen verbunden. Berichte über die betroffenen Branchen lesen sich wie ein Ausschnitt aus jener Liste der „systemrelevanten“ Arbeiten, die dem Text der Gruppe Blauer Montag vor einigen Wochen zu entnehmen war: Lebensmittelproduktion, Speditionen, Fast-Food-Betriebe, Fleischindustrie. Streiks fanden aber auch im Bergbau statt, mit einer ähnlichen Ausrichtung. Oder in Kliniken und Altenheimen, nicht nur in Deutschland, sondern von Hongkong bis Belgien, von Südafrika bis Schweden.<sup>26</sup> Ein Warnung vor Euphorie ist angebracht, aber dennoch wäre es falsch, solche allgemeinen Bezugnahmen schlicht zu überhören. Sie breiten eine Perspektive aus, in der die oben erwähnten Forderungen nach sozialen und politischen Rechten mit der Forderung nach menschenwürdigen Arbeitsbedingungen verbunden werden kann, im Rahmen einer unmittelbaren Politisierung von Arbeitskämpfen.

## 10. Palimpsest

Nachdem sie erst völlig ungehört blieb, wird die Stimme aus der oben erwähnten Instant-Messenger-Gruppe in den Wochen danach von der Presse aufgesogen, als auch dieser Betrieb zum sogenannten Corona-Hotspot wird. Die Berichte folgen im Großen und Ganzen drei Richtungen. Erstens der Richtung des *Skandals*, der den Individualismus des Pandemie-Diskurses gegen den Betrieb wendet. Man würde dort die Menschen „gnadenlos ausbeuten“, eine Variante auf den Diskurs zur Ausbeutung in der Fleischindustrie, die richtig ist und von Herzen kommt, aber eben auch dieses oben angesprochene Problem der Besonderung mit sich bringt. *Zweitens*, und nach einiger Zeit in nicht unbedeutlichem Ausmaß, geht der medialisierte Diskurs mehr in Richtung

---

<sup>26</sup> Eine Auflistung findet sich hier: [<https://www.labourstart.org/covid-19.php>].



der *Rechtfertigung*: Der Betrieb macht, was er kann, und die Bedingungen seien doch im Grunde immer noch besser als anderswo. Und drittens geht es dann in Richtung der *Verschiebung*: Die Infektionen seien in Wirklichkeit nicht bei der Arbeit, sondern in den Massenunterkünften entstanden, in denen insbesondere die Geflüchteten wohnen, die im Betrieb beschäftigt sind. In vielen der Texte über den Konflikt erscheinen alle drei Motive gleichzeitig, wobei Zielgruppe wie politische Orientierung der Medien die jeweils konkrete Zusammensetzung bestimmen. Alles in allem werden die Bilder der Arbeitenden durchaus zitiert, aber zugleich überschrieben. Sie bleiben, in diesem Falle noch unfähig zu weiteren konkreten Schritten wie offenen Aktionen oder Streiks, nur wie in einem Palimpsest erhalten: Nur in wenigen Fällen der Kategorie 1 („Skandal“) bleibt es möglich, ihren Text unter dem zu erkennen, was über sie geschrieben wurde.

\*

Im Rahmen unseres bereits erwähnten Forschungsprojekts haben wir Diskurse über die Fleischindustrie in Radio, TV und Zeitungen untersucht. Das Ergebnis ist ernüchternd: Zwischen Anfang 2017 und Ende 2019 wurden in fast 300 untersuchten Medienberichten in nur einem halben Dutzend Fällen Arbeitende selbst direkt oder in indirekter Rede zitiert.<sup>27</sup> Einer der wesentlichen Ausgangspunkte einer möglichen Verallgemeinerung ist deshalb schlicht, Positionen, Geschichten und Kämpfe von Arbeitenden zu dokumentieren. Die in der in der vorliegenden Zeitschrift laufende Diskussion formulierte Frage nach möglichen Szenarien für die soziale und politische Klassenzusammensetzung nach der Pandemie müsste also ergänzt werden um die Frage nach Dokumenten, die nichts über die Zukunft aussagen können, aber wohl etwas über die Empörung in und Unzufriedenheit mit der Jetztzeit.

<sup>27</sup> Eine umfassende Auswertung des Projekts erscheint in den nächsten Monaten in unterschiedlichen Formaten, dort wird auch der diskursanalytische Teil des Projekts vorgestellt werden.

Die Suche bezöge sich auf das, was in der Krise selbst exponiert wird, wie in einer Dunkelkammer, in der sich in der Analogfotografie aus der Latenz heraus Bilder entwickeln. Aufgabe der Dokumentierenden wäre, am Bau jener Lichtlabyrinth mitzuwirken, aus denen die Dunkelkammern gemacht werden, die die Exposition dieser Bilder ermöglichen. Oder anders gesagt: Die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass sie nicht sofort dem Licht ausgesetzt werden, interpretiert werden, sondern als Grundlage oppositioneller Strategien gedacht und gemacht werden können. Dies legte auch eine andere Bezugnahme auf die bürgerliche Öffentlichkeit nahe, eine, die nicht naiv mit ihr als Machtmittel in sozialen Kämpfen rechnete oder sie als Profilierungsfeld für allerneueste akademische Ideen instrumentalisierte, sondern vor allem daran misst, ob sie als Ressource dient, um Ungehörtes und Unerhörtes zu teilen. Dort, wo das nicht der Fall ist, müssen dringend und gewiss auch außerhalb der universitären Forschung Formen gesucht und unterstützt werden, die dieses Teilen ermöglichen.

Erschienen in: Sozial.Geschichte Online 27 (2020), S. 137-154

Dieser Text wird über DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

**DOI:** 10.17185/duepublico/72003

**URN:** urn:nbn:de:hbz:464-20200701-111005-8



Dieses Werk kann unter einer Creative Commons Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 3.0 Lizenz (CC BY-NC-ND 3.0) genutzt werden.